

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Vestelgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzbeschriftung 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 8.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Zeilenaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalendar.

Der Reichstag behandelte eine Interpellation über die Mißbräuche des Reichsvereinsgesetzes.

Im preussischen Landtag stellte der Ministerpräsident die Fortsetzung der Gewaltpolitik gegen politisch mißliebige Beamte in Aussicht.

Der vierte Wahltag in England brachte den Unionisten neue, wenn auch unbedeutende Siege.

Das Gebäude des türkischen Parlaments in Konstantinopel ist völlig niedergebrannt.

Die positive Arbeit der Regierungen.

Leipzig, 20. Januar.

Die loben erscheinene „Uebersicht der vom Bundesrat gefaßten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstags“ hat uns zwar schon einmal Veranlassung zu einer kurzen Würdigung gegeben. Sie ist jedoch ein zu interessantes und für die deutsche Regierungsmethode so charakteristisches Aktenstück, als daß es sich nicht lohnte, ausführlicher auf dieses Selbstbekenntnis des Bundesrats einzugehen. Zeigt es uns doch, was die Vertreter der deutschen Fürsten unter „positiver Arbeit“ verstehen, deren angeblicher Mangel bei der Sozialdemokratie bekanntlich bei den Hottentottenwahlen das beliebteste Agitationsmittel der bürgerlichen Parteien gewesen ist. Zwar enthält die „Uebersicht“ die Entschlüsse des Bundesrats, also der Regierungsvorsteher, nur auf die Beschlüsse des Reichstags. Jedoch geschieht von den Regierungen, namentlich zur Erfüllung von Arbeiterforderungen, nicht das geringste, ohne daß sie dazu durch Beschlüsse des Reichstags gedrängt worden wären. Das zeigt uns schon der erste Blick in die vorliegende „Uebersicht“. Alles, was die Regierungen während den letzten Jahren in Entwürfen dem Reichstage vorgelegt haben, ist vom Reichstage ausdrücklich gefordert worden, zum Teil wiederholt. In der Uebersicht finden wir Beschlüsse des Reichstags vom Jahre 1903 ab angeführt — so lange hat es gedauert, bis der Bundesrat zu den Beschlüssen des Reichstags Stellung genommen hat.

Viele der wichtigsten Fragen jedoch, auf die sich die Beschlüsse des Reichstags beziehen, sind für die Regierungen noch immer nicht spruchreif. Bekanntlich wurden die Arbeiter durch die Explosion der Roburifabrik bei Witten-Annen am 28. November 1906 und durch den Brand der Zellulosefabrik zu Geispolsheim am 10. Januar 1907 sehr beunruhigt. Der Reichstag beschloß daher im Mai 1907, den Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen „in die Wege zu leiten“, durch die derartigen Unglücks-

fällen nach Möglichkeit vorgebeugt und eine wirksame gesetzliche Entschädigungspflicht zugunsten aller Beschädigten geschaffen wird. Hierzu heißt es in der Uebersicht: „Die Erwägungen schweben noch.“ In einem Falle also, in dem sich jeden Tag sehr schwere Unglücksfälle ereignen können, sind die Regierungen noch nicht einmal in vier Jahren mit ihren „Erwägungen“ fertig geworden!! — Ebenso verhält es sich mit der Schutzverordnung für die Verarbeitung giftiger und explosiver Stoffe. Ebenso mit der Verordnung, durch die in Glashütten geeignete Schutzvorrichtungen an den Glas- und Feuerungsöffnen vorgeschrieben werden sollen, um der Starbildung bei den Bläsern und Schmelzern entgegenzuwirken, und um durch ausreichende Ventilation für die Arbeiter die Gefahr der Vergiftung durch Teerdämpfe, Kohlenoxydgase und Fluorwasserstoffsäure möglichst zu verhindern. Wie viele Arbeiter sollen noch an ihrer Gesundheit geschädigt werden, bis die Regierungen die notwendigen Schutzmaßnahmen genügend erwogen haben?

Bezeichnend ist der — Eifer der Regierungen für die „besseren“ Arbeiter. Ihnen hatten die bürgerlichen Parteien bei der letzten Reichstagswahl alles Schöne und Gute versprochen. Der Reichstag forderte denn auch gleich nach der Wahl von dem Reichskanzler einen Gesetzentwurf, durch den die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe der Angestellten in Kontoren und solchen kaufmännischen Betrieben geregelt wird, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind. Im Jahre darauf ersuchte der Reichstag die Regierungen um „Gesetzentwürfe und Anordnungen“, die den Privatbeamten und technischen Angestellten eine lange Reihe von Schutzbestimmungen sowie die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung und die Einführung einer staatlichen Renten- und Hinterbliebenenversicherung bringen sollen. Die Antwort der Regierungen darauf lautet: Die Erwägungen schweben noch. Die Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen. — Endlich verlangte im vorigen Jahre der Reichstag von dem Reichskanzler den Entwurf eines Reichs-Theatergesetzes, in dem „die Bühnenvertragsregeln einer zeitgemäßen Reform unterzogen werden“. Selbstverständlich schweben auch hierüber die Erwägungen noch.

Selbst solche Fragen, die schon seit Jahrzehnten erörtert werden, und für deren Beantwortung der Reichstag bereits vor Jahren die Richtlinien festgelegt hat, sind für die Regierungen noch immer nicht genügend geklärt. So forderte der Reichstag im Frühjahr 1907 einen Gesetzentwurf, der die Beschränkungen der Koalitionsrechte § 152 der Gewerbeordnung dahin geändert werden, daß er nicht nur auf die Erlangung besserer, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Arbeits- und Lohnverhältnisse angewendet wird, und daß die in dem Paragraphen erwähnten Verabredungen und Vereinigungen sich nicht nur auf die individuellen Interessen der Beteiligten, sondern

auch auf die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen, sowie auf Veränderungen der Gesetzgebung richten dürfen. Ferner sollte § 153 der Gewerbeordnung dahin erweitert werden, daß zugleich mit dem Mißbrauch des Koalitionsrechts auch die rechtswidrige Behinderung am geschäftlichen Gebrauch unter Strafe gestellt wird. Trotzdem der Reichstag diesen Beschluß schon vor drei Jahren gefaßt hat, erklären die Regierungen jetzt, daß die Erwägungen auch hierüber „noch nicht abgeschlossen“ seien. —

In einigen Fällen erklären die Regierungen, daß sie den Beschlüssen des Reichstags keine Folge gegeben haben. Diese Fälle sind bereits in der Presse kurz besprochen worden. Dabei ist mit Recht hervorgehoben worden, daß die Regierungen sogar den Antrag abgelehnt haben, Baukontrolleure aus den Reihen der praktisch erfahrenen Bauarbeiter als Hilfsbeamte anzustellen. Hingugefügt muß aber noch werden, daß bereits im Dezember 1906 der Reichstag einen derartigen Antrag angenommen hat. Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der Regierungen. Seitdem hat aber die Zahl der Unfälle bei den Bauten auf den Bauten in erschreckender Weise zugenommen. Ueberdies hat sich immer deutlicher gezeigt, daß ein beträchtlicher Teil der Unfälle durch ungenügende Schutzmaßnahmen infolge der ganz unzureichenden Kontrolle der Bauten verschuldet ist. Daher hat der Reichstag im vorigen Jahre wieder die Petition von Bauarbeitern um Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Aber auch hierauf hatten die Regierungen nur eine ablehnende Antwort. —

Das ist das vom Bundesrat selbst gegebene Bild von der positiven Arbeit der Regierungen. Kläglich konnte es nicht gut ausfallen. Es scheint in der Tat, daß der Bundesrat nur die eine Aufgabe hat, die positive Aufgabe der Sozialdemokratie — denn die sozialpolitischen Anregungen entstammen ja fast durchweg dem Schoße der Sozialdemokratie — zunichte zu machen. Die Arbeiter aber ersehen daraus, daß das, was sie sich nicht selbst aus eigener Kraft erobern, ihnen von der Regierung stets vorenthalten wird.

Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

Sitzung vom 10. Januar, vormittags 11¼ Uhr.

Die Erste Kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung bei Kapitel 36 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1910/11 — Oberverwaltungsgericht — die Einnahmen mit 11 020 Mark und die Ausgaben mit 223 421 Mark. Bei dieser Gelegenheit brachte Ritterquiddesteuer Dr. v. Hübel-Sachsenberg bei Würzen ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts zur Sprache, das bei den Landwirten große Beunruhigung hervorgerufen habe. Das Oberverwaltungsgericht habe die Abschreibung an Gebäuden bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens

Seuilleton.

Des Reiches Kommen.

Novelle von Timm Krüger.

15] Nachdruck verboten. Siebzehntes Kapitel.

Aus Odenwörden kehrte Hinnerk erst gegen Abend heim. An dem Sektor der Lohoppel stand die Großbirn. „Uns Wirt!“ „Was ist?“ „Hab hier schon eine halbe Stunde gestanden.“ Die Hausfrau, erzählte sie, sei zu Dorf gegangen, da seien ein Mann und eine Frau gekommen, die täten so wunderbar, wollten ihren Namen nicht sagen, wollten auf den Bauern warten. Und seien durch das ganze Haus gegangen und hätten alles, auch das in der Kiste, gesehen. Und wenn sie sprächen, da kämen so wunderliche Worte in vor. Und die Frau trüge son wunderlichen Hut, und nun sähen beide in der Stube.

Was konnten das für Leute sein? Sonst spannte Hinnerk immer selbst aus, nun überließ er Pferde und Wagen den Knechten, ging mit langausgehenden Schritten über die große Diele und trat mit plierenden Augen in die von Baumschatten verdunkelte Stube. Richtig — am Glodenhaus saßen zwei Menschen, ein Mann und eine Frau.

„Goddn Dag!“ Die am Glodengehäuse saßen und schüttelten sich innerlich wie vor unbändigem Spas.

„Dank“, erwiderten sie, blieben aber sitzen. — „Ob hei uns wull kennt?“ hörte Hinnerk. Hinnerk Schmidts Augen gewöhnten sich an das Halbdunkel. Was vor ihm

saß, hielt er für ein Ehepaar, und es hatte eine rotbraune an Indianerfarbe erinnernde Gesichtsfarbe.

Die Frau war zwar bäurisch gekleidet, jedoch nicht wie es bei ihm zu Lande Mode, in Wolle und Spenzer, sondern in einem bunten Lodenstoff. Eine gelbe, vielleicht goldene Kette, ringelte sich über die breite, aber wenig üppig ausgefallene Brust, die Rechte schmückten Ringe. Sie war nicht jung, nicht alt, hatte groß geschnittene, aber nicht unschöne Züge und dunkelblondes schlicht geschneiteltes Haar unter dem Federhut einer im Dorf nicht üblichen Form.

Lustiger Triumph im Gesicht.

„Was sagst du doch einmal dazu?“ fragte es mit breitem Lächeln zu Hinnerk hinüber. — „Daß wir wiederkommen, er und ich? Was sagst du dazu?“ — So sprach sogar die rote Hand im bunten Kleiderschoß, sie hielt ein weißes Taschentuch und faltete daran herum.

Hinnerk Schmidt stand vor Anna Lüders, seiner ehemaligen Braut, und stand vor Hans, seinem amerikanischen Bruder.

Als ein schlanker, magerer Mann lag der auf einem Stuhle, Beine vorgestreckt, die Hände in den Taschen einer offenbar zu weit geratenen Hose. Hans Schmidt. Und Hans Schmidt lachte ebenfalls über das sonnenverbrannte Gesicht: „Dat hars di wull ni dacht?“ „Nä“, erwiderte sein Bruder, „dat harr ik mi ni dröm laten.“

Und wieder lachte Hans. „Jung, Jung, wo kommt man dor henlang?“

Das war eine schöne Bescherung, und das Gefühl, womit Hinnerk Schmidt die Bescherung entgegennahm, war ein Mischmasch von Bewunderung, Enttäuschung und Sorge. Daß die Amerikaner hier seien, wunderte ihn, und daß Anna Lüders, die ihm einstmals wie ein höheres Wesen vorgekommen war, eine gealterte und ausgehörte Frau geworden war, tat ihm weh. Die gealterte und ausgehörte Frau, wie sie vor ihm saß, war ihm fremd, als

habe er sie niemals gekannt. — Und neben diesen Gedanken die kaum noch eine Ungewißheit darstellende Empfindung, daß sich die Sache mit dem, was unter seiner Bettstelle ruhe, entscheiden müsse. Aber alle Bewunderung und Enttäuschung und Sorge durchbrach der Gedanke der Pflicht, die Besucher ordentlich und freundlich zu empfangen. „Sollt willkommen sein!“ sprach er und gab Bruder und Schwägerin die Hand.

Das war die erste Begrüßung. Die lange Entwöhnung, das, was zwischen dem Wirt und seinen Gästen gestanden hatte und noch stand, machte, daß sie ziemlich höflich ausfiel. Hans versuchte zwar zu scherzen und zu lächen, und Hinnerk Schmidt erwiderte, daß er ihn, wenn Anna nicht gewesen wäre, bei dem schönen Spitzbart gar nicht erkannt haben würde. — Dann sagte eine Minute lang keiner ein Wort. Das war peinlich, Hinnerk Schmidt ging in die anstoßende Kammer und lehrte mit einem Tabakskasten zurück, den er mit steifem Arm auf den Tisch stellte.

„Hans, willst mal rauchen? Hastn Pfeife, oder soll ich geben?“

„Ich rauche nur Zigarren.“

„Da kann ich auf Stund nicht mit aufwarten, aber ich will hollen lassen.“

Der Besuch hat um Obdach für ein paar Tage

Das sagte Hinnerk Schmidt zu.

Sie wollten sich einige Zeit in der Gegend aufhalten, alte Bekannte aufsuchen, Kiel und Hamburg besuchen und Berlin besuchen und eine Harzreise machen und dann über Paris und London nach Amerika zurück. Es ging ihnen gut, sie hatten drüben eine Farm von fünfshundert Acker, fünf Kinder und hatten was vor sich gebracht.

Waleen, die von ihrem Gang zurückkehrte, trug nichts zur Belebung bei. Sie begrüßte mit der ihr eignen müden Ruhe den Besuch ohne freundliche Worte und ohne harte Worte.